



**LANDKREIS**  
**ERDING**

# PROTOKOLL

---

**öffentlich**

**Büro des Landrats**  
**BL**

Alois-Schieß-Platz 2  
85435 Erding

Ansprechpartner/in:  
Angelika Wackler

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1144  
Fax 08122/58-1109  
angelika.wackler@lra-  
ed.de

Erding, 18.02.2015  
Az.:

## **4. Sitzung des Kreisausschusses am 29.09.2014**

### **Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:**

Bauer, Thomas Dr.

Dieckmann, Ulla 2. Bürgermeister

Els, Georg 1. Bürgermeister

Geisberger, Ferdinand 1. Bürgermeister      Vertretung für Frau Ulrike Scharf

Gotz, Maximilian Oberbürgermeister

Jobst, Karl Heinz

Lackner, Helmut

Mehringer, Rainer

Slawny, Manfred      Vertretung für Frau Gertrud Eichinger

Sterr, Josef

Stieglmeier, Helga

Wiesmaier, Hans 1. Bürgermeister

### **sowie als Vorsitzender:**

Bayerstorfer, Martin Landrat

### **von der Verwaltung:**

Fuchs-Weber Karin

Wackler Angelika (Protokoll)

Centner Christina (Pressesprecherin)

### **Ferner nehmen teil:**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14:07 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt die folgende



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil:**

1. Antrag des Kreisvereins für Heimatschutz und Denkmalpflege Landkreis Erding e.V. auf Anmietung des Pavillons in der Roßmayrgasse 10 in Erding  
Vorlage: 2014/1607
2. Gesamtkonzept zur Eigenwohnraumförderung für Familien  
Vorlage: 2014/1618
3. Niederlegung eines Kreistagsmandats  
Vorlage: 2014/1609
4. Bekanntgaben und Anfragen
- 4.1. WLAN im Sitzungssaal

### **I. Öffentlicher Teil der Sitzung des Kreisausschusses am 29.09.2014**

1. **Liegenschaften des Landkreises - Antrag des Kreisvereins für Heimatschutz und Denkmalpflege Landkreis Erding e.V. auf Anmietung des Pavillons in der Roßmayrgasse 10 in Erding**  
**Vorlage: 2014/1607**

**Der Vorsitzende** verweist auf die Unterlagen die im Ratsinformationssystem abrufbar waren und erinnert an die bereits mehrfach geführten Gespräche zu der Nutzung des Pavillons. Kurz gefasst, wird es für diese Räume wohl keine idealere Nutzung geben, als durch den Kreisverein für Heimatschutz und Denkmalpflege. Der Kreisverein wird die Räume nicht zu den sonst üblichen Geschäftszeiten nutzen, sondern nur ca. 2 x pro Woche für ein paar Stunden.

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

**Der Vorsitzende** verliest daraufhin folgenden Beschlussvorschlag:

#### **KA/0021-20**

Dem Kreisverein für Heimatschutz und Denkmalpflege Landkreis Erding e.V. wird der Pavillon in der Roßmayrgasse 10 in Erding inkl. Garten als neue Geschäftsstelle ab dem 01.10.2014 zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen**



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

## **2. Kommunale Förderprogramme** **Gesamtkonzept zur Eigenwohnraumförderung für Familien** **Vorlage: 2014/1618**

**Der Vorsitzende** weist auf die Vorlage hin und erklärt, dass diese Eigenwohnraumförderung gedacht ist für Familien mit wenig Finanzstärke. Er erwartet keine große Anzahl von förderfähigen Projekten. Für den einen oder anderen wird dadurch aber trotz hoher Grundstückspreise, die Möglichkeit geschaffen Eigentum zu erwerben. In der Vorlage sind bisher nur die Rahmenbedingungen beschrieben. Mit der Durchführung soll die Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft mbH betraut werden.

**Kreisrätin Stieglmeier** stellt die Frage in den Raum, ob es Aufgabe der öffentlichen Hand sei, Wohneigentum zu schaffen. Wohnen muss nicht bedeuten Eigentum zu haben. Vorrangiges Ziel der öffentlichen Hand sollte es sein, kostengünstiges Wohnen in Miete zu ermöglichen. Sie sieht eine mögliche Gefahr darin, Menschen die nicht so finanzstark sind in die Verschuldung zu führen. Falls diese das Darlehen nicht mehr bedienen können.

**Der Vorsitzende** findet, dass man das eine tun kann und deshalb das andere nicht sein lassen muss. Beide Bereiche wurden bereits vom Landkreis Erding unterstützt. In den Jahren 1982 bis 2006 wurde bereits im Rahmen eines Förderprogrammes die Wohnungseigentumsschaffung gefördert. Er weist darauf hin, dass Deutschland bisher immer das Land mit dem geringsten Wohnungseigentumsanteil war. Man sollte sich dafür einsetzen, Familien mit geringer Eigenkapitalquote zu unterstützen. Diese Förderung erleichtert die Finanzierung, vor allem mit Blick auf die hohen Grundstückspreise bei uns. Er sieht es auch als Aufgabe des Landkreises an, die Bürger in ihrem Bestreben nach Wohneigentum zu unterstützen. Natürlich werden wir auch weiterhin Grundstücke erwerben und bebauen allerdings stehen momentan keine Grundstücke zur Verfügung.

**Kreisrätin Dieckmann** befürchtet, dass der Geschosswohnungsbau mit einbezogen wird. Sie fragt sich, wie das Ganze aussehen soll. Wie werden die Vergabekriterien aussehen. Wo werden die Grundstücke herkommen. Es sollte hier ja keine Konkurrenz zu den Kommunen aufgebaut werden.

**Der Vorsitzende** erläutert, dass sich nichts zur Vergangenheit ändert. Bis 2006 lief ja bereits ein Wohnungsbauprogramm. Damals konnte keine Konkurrenz zu den Gemeinden festgestellt werden. Die Gemeinden legen fest, wer mit welchen Modalitäten, welches Grundstück erhält. Dies ist nicht Aufgabe des Programmes. Das Programm soll die Finanzierung erleichtern. Einzelne Bürger kommen dadurch in den Genuss günstigerer Konditionen, da durch die Möglichkeit der Ausgabe durch das Erbbaurecht eine Vergünstigung entsteht.

**Kreisrat Dr. Bauer** stellt fest, dass viele Bürger bauen möchten, es jedoch an der Finanzierung und mangelndem Eigenkapital scheitert. Die öffentliche Hand hat die Möglichkeit günstige Konditionen an Bürger zu geben. Die genauen Punkte wie Konditionen und Anspruch wird man noch sehen und wie es dann genau laufen soll, muss noch rechtlich geprüft werden. Wichtig ist, dass es die öffentliche Hand nichts kostet. Er sieht

einen grundsätzlichen Punkt auch darin, die Menschen zu unterstützen im Landkreis bleiben zu können und durch Eigentum den Mietmarkt zu entlasten.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrat Wiesmaier** erinnert daran, dass es hier um die Familienwohnräumförderung geht. Es sollte auf die demografische Entwicklung und die veränderte Struktur der Gesellschaft reagiert werden. Die erste Aufgabe sollte weiterhin der Sozialwohnbau sein. 16 – 17 Gemeinden sind bereits Mitglied der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft. Ziel sollte es sein, dass alle Gemeinden Mitglied sind. Er sieht hier die Chance, sich über Gemeindegrenzen hinweg auszutauschen.

Er ist für diese Fördermöglichkeit, da sie als weiterer Baustein zur Lindering der Wohnungsnot beitragen könnte. Die Verantwortung und Entscheidung, ob die Finanzierung tragbar ist, muss von den Familien getragen werden. Dies liegt nicht in der Verantwortung der Gemeinden.

**Kreisrat Mehringer** sieht es ebenso als Chance und weiteren Baustein und erinnert daran, dass es kostenneutral ist. Jeder der diese Förderung wahrnimmt macht Wohnraum frei zur weiteren Nutzung. Menschen die Wohnraum haben, fallen der öffentlichen Hand oft weniger zur Last. Probleme sieht er darin, dass diejenigen die einen Anspruch auf Förderung haben, oft die hohen Kosten nicht bedienen können. Er ist gespannt, wie diese Förderung angenommen wird.

**Der Vorsitzende** gibt zu bedenken, dass wenn die Finanzierung wackelt, das staatliche Förderprogramm nicht zum Tragen kommt. Mit dieser zusätzlichen Fördermöglichkeit entsteht aber eine Entlastungsmöglichkeit für den Bürger.

**Kreisrat Gotz** teilt nicht die Meinung, dass dadurch signifikant viel Wohnraum frei wird. Oft sind es Kinder die ausziehen. Die dann freien Räume werden oft selbst weiter genutzt. Dies ist auch an dem seit 1990 steigenden Pro Kopf - Quadratmeterverbrauch erkennbar. In Deutschland ist es schwer Wohnraum zu bekommen. Deshalb wünscht er sich ein geschlossenes Vorgehen bzw. Zustimmung zu diesem Beschluss. Dieser Beschluss ist der Ansatz zum Startschuss, die Details können später noch ausgearbeitet werden.

**Kreisrätin Stieglmeier** will den Antrag nicht in Grund und Boden reden, sondern Überlegungen zur Diskussion beisteuern. Sie stellt klar, dass es momentan nur darum geht die Verwaltung zu beauftragen ein Modell zu erarbeiten. Sie stellt noch die Frage, ob die Förderung von angestammten Familien aus der Region mit dem EU Recht vereinbar ist. Sie wünscht sich die gleiche Intensität bei der Planung des Geschosswohnungsbaus wie bei dem Eigenwohnraum.

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, dass bisher die Betätigung nur bei den Wohnungen im sozialen Bereich lag. Der Landkreis sucht händeringend nach Grundstücken. Die Gemeinden werden nicht gezwungen die Grundstücke zur Verfügung zu stellen und 133 Wohnungen sind auch nicht gerade wenig. Der entscheidende Punkt ist die Hilfestellung für Familien bei der Finanzierung.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrätin Dieckmann** sieht die Förderung als Ergänzung und möchte sie auch unterstützen. Sie hinterfragt noch, wer die Grundstücke vergibt, die die Wohnungsbaugesellschaft erwirbt.

**Der Vorsitzende** erläutert, dass nicht der Landkreis die Grundstücke vergibt. Wenn eine Gemeinde ein Grundstück zur Verfügung hat, die Finanzierung aber eng oder schwierig ist, werden die Bedingungen für diese Förderung geprüft. Dazu muss jedoch bereits feststehen, wer dieses Grundstück erhält. Sollten die Bedingungen zur Förderung passen, steigt die Wohnungsbaugesellschaft in die Verhandlung ein. Das Grundstück wird erworben und nach dem Erbbaurecht wieder ausgegeben. Heute soll über das Konzept gesprochen werden, die Bedingungen müssen dann noch festgelegt werden.

**Kreisrat Els** erinnert daran, dass dieses Thema bereits diskutiert wurde. Das Einheimischenmodell kann EU konform umgesetzt werden. Dies hat damit jedoch nichts zu tun. Diese Förderung unterstützt Einheimische bei der Finanzierung. Diese Möglichkeit sollte ihnen gegeben werden. Der klassische Wohnungsbau wird durch diese Möglichkeit nicht eingeschränkt. Er findet, dass das heutige Konzept auf den Weg gebracht werden sollte, es rundet das bisherige ab.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen.

Der **Vorsitzende** verliest daraufhin folgenden Beschlussvorschlag:

#### **KA/0022-20**

1. Die Verwaltung wird beauftragt ein Konzept für ein kommunales Förderprogramm im Landkreis Erding zur Eigenwohnraumförderung für Familien mit geringer Eigenkapitalquote („Familienwohnraumförderung im Landkreis Erding“) zu erstellen.
2. Der Landkreis fragt bei der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding mbH an, ob diese die Durchführung und Abwicklung der Familienwohnraumförderung übernehmen können.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen**



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

### **3. Kreisorgane - Niederlegung eines Kreistagsmandats** **Vorlage: 2014/1609**

**Der Vorsitzende** berichtet, dass Herr Karl-Heinz Jobst sein Kreistagsmandat niederlegen möchte. Er ist umgezogen und sein Aufenthaltsbereich liegt nun nicht mehr im Landkreis Erding. Damit erfüllt er nicht mehr die Wahlvoraussetzung lt. Artikel 21, Absatz 1, Nr. 3 des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes zur Übernahme des Amtes eines Kreisrates. Listennachfolger von Herrn Karl-Heinz Jobst ist Herr Stephan Treffler.

**Der Vorsitzende** bittet Herrn Kreisrat Jobst, als direkt Beteiligter, sich nicht an der Abstimmung zum Beschlussvorschlag zu beteiligen.

Da keine Wortmeldungen erfolgen, verliert **der Vorsitzende** den folgenden Beschlussvorschlag:

#### **KA/0023-20**

Dem Kreistag wird empfohlen die Niederlegung des Kreistagsmandats von Herrn Jobst festzustellen.

Dem Kreistag wird ferner empfohlen Herrn Treffler als Listennachfolger anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen**

### **4. Bekanntgaben und Anfragen**

#### **4.1. WLAN im Sitzungssaal**

##### **WLAN Nutzung im Sitzungssaal**

**Frau Fuchs-Weber** teilt den Kreisräten mit, dass nun im Sitzungssaal und im näheren Bereich auf WLAN zugegriffen werden kann. Der erstmalige Zugriff zum WLAN sollte mit Unterstützung der EDV Abteilung geschehen. Hierzu bittet Sie die Kreisräte um Mitteilung, wann dies bei Ihnen möglich wäre.

Es liegen keine weiteren Bekanntgaben und Anfragen vor.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreisausschusses.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer  
Landrat

Angelika Wackler  
Verwaltungsangestellte